

SOG Vorstand

Objekttyp: **AssociationNews**

Zeitschrift: **ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische
Militärzeitschrift**

Band (Jahr): **178 (2012)**

Heft 11

PDF erstellt am: **05.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Die Fronten klären sich

Die Sicherheitspolitische Kommission des Nationalrates (SiK-N) lehnt die Anti-Wehrpflichtinitiative klar ab (18:7) und will nichts von einem Gegenvorschlag (21:4) wissen. Die allgemeine Wehrpflicht sei das massgeschneiderte Konzept für die Schweizer Milizarmee.

Der Tagespresse war das Ergebnis vom 9. Oktober 2012 kaum eine Zeile wert, den Gegnern der GSoA-Initiative dient es als solide Basis zum Vorbereiten der Kampagne. Obwohl davon auszugehen ist, dass auch die SiK Ständerat und später das Parlament der Initiative mit der gleichen Deutlichkeit entgegnet werden, darf der erneute Angriff der GSoA auf die Armee nicht unterschätzt werden.

Nur ein Systemwechsel?

Die Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht würde die Milizarmee ausbluten, was unweigerlich zu deren Tod führt. Das ist das erklärte Ziel der GSoA, die vordergründig einen Systemwechsel anpreist und auf die Freiwilligkeit setzt. Diesen Schmalmeienklängen erliegt nicht, wer den Wert des Milizsystems kennt, ein in der Schweiz tief verankertes Organisationsprinzip.

Die Präsidentenkonferenz der SOG hat Ende September bestätigt, dass die Offiziersgesellschaften gewillt sind, im kom-

menden Abstimmungskampf Verantwortung zu tragen. Die SOG verfügt mit ihren kantonalen und regionalen Sektionen über eine ideale Struktur, um die Kampagne an der Basis zu führen. Neben einem finanziellen Kraftakt ist vor allem Manpower gefragt. Die Argumente sind aufgearbeitet, nun sind sie an den Mann und noch viel mehr an die Frau zu bringen.

WEA auf dem richtigen Weg

Trotz der GSoA-Initiative muss die Weiterentwicklung der Armee vorangetrieben werden. Der Vorstand der SOG begleitet dieses Projekt engagiert, aber mit der nötigen Distanz. In grossen Zügen entspricht die WEA den Postulaten der SOG. Wirklich positiv ist das Ausbildungsmodell, das erkannte Mängel korrigiert und das Milizkader wieder stärker einbindet. Es wird die Chance wahrnehmen. Hoffen wir, dass die Politik dafür auch die nötigen Mittel spricht!

*Für den Vorstand
Br Denis Froidevaux*

Mediencommuniqué

Es reicht!

Die Schweizerische Offiziersgesellschaft (SOG) reagiert entrüstet und verständnislos auf den Entscheid des Bundesrates, das Armeebudget im Rahmen des Konsolidierungs- und Aufgabenüberprüfungspakets 2014 um insgesamt 100 Millionen zu kürzen. Sie macht den Bundesrat darauf aufmerksam, dass er der Armee ein Leistungsprofil und einen Bestand von 100 000 Angehörigen vorgegeben hat. Kaum fünf Monate sind vergangen, seit der Bundesrat der Armee ein Budget von 4,7 Mia (inkl. Gripenanteil) zusprach, und jetzt ändert er die Rahmenbedingungen bereits wieder. Muss man die Regierung daran erinnern, dass die Armeemitglieder zur Dienstleistung verpflichtet sind und deshalb Anrecht auf adäquate Ausbildung und Ausrüstung haben? Der Bundesrat spart auf dem Buckel der

Miliz und zum Nachteil der Kantone. Denn die Schliessung von Waffenplätzen und Flughäfen wird die Folge dieser unseligen Politik sein. Der bundesrätlichen Sicherheitspolitik fehlt jegliche Linie. Der Bundesrat verspielt seine Glaubwürdigkeit. Er foutiert sich um die Sparanstrengungen der Armee, dank denen in den letzten drei Jahren 900 Mio in die Bundeskasse zurückgeflossen sind.

Die SOG richtet einen dringlichen Appell an das Eidgenössische Parlament, der bundesrätlichen Armeepolitik, die nur noch über die Finanzen gesteuert wird, eine klare Absage zu erteilen. Vor einem Jahr beschlossen die Räte, es seien der Armeebestand auf 100 000 Angehörige und das Budget auf 5 Milliarden festzusetzen. Diese Forderung ist ohne Wenn und Aber durchzuziehen.

Zürich, 21. 9. 2012

Das bewegt die SOG

Die rote Linie



Der Beschluss des Bundesrates, in einem neuen Sparprogramm das künftige Armeebudget von 4,4 auf 4,3 Mia zu kürzen, passierte fast unbemerkt. Zu Unrecht. Dieser Beschluss wiegt schwer. Einmal mehr lässt die Regierung es an der nötigen Kohärenz zwischen Armee-Leistungen und Mittel fehlen. Die Regierung ist offenbar der Meinung, die Armee verfüge über zu viel Geld. Warum will der Bundesrat eigentlich derart hartnäckig der einzigen strategischen Reserve des Landes den Finanzrahmen reduzieren und auf eine vorausschauende Sicherheitspolitik verzichten? Obschon die Armee der Bundeskasse in den letzten drei Jahren mehr als 900 Mio Kreditreste zugunsten der andern Departemente zurückerstattete, presst der Bundesrat die Zitrone weiterhin aus. Das ist für die SOG unannehmbar. Was ist daraus zu schliessen?

- Keine fünf Monate sind vergangen, seitdem der Bundesrat den Beschluss des Parlaments von Ende September 2011 (Bestand 100 000 AdA und 5 Mia) torpediert und das Budget auf jährlich 4,4 Milliarden runterschraubt hat, und schon verändert er die Rahmenbedingungen erneut;
- Die Armee muss unbedingt die vom Parlament gesprochenen Kredite verwenden und aufhören, sie zurückzuerstatten;
- Das von der SOG geforderte Gleichgewicht zwischen Leistungen und Ressourcen ist hypothetisch. Wir steuern wieder dem Syndrom AXXI entgegen mit den Ungereimtem und Pannen, die man ungegerechterweise der Armee anlastet.
- Der Bundesrat steht nicht mehr zu seiner Milizarmee. Mit der Kürzung der nötigen Mittel stellt er die Sicherheit von deren Angehörigen in Frage und gefährdet die Bereitschaft.
- Wir nähern uns der schicksalhaften roten Linie, wo eine Armee zu teuer ist für die Leistungen, die sie noch zu erbringen vermag. Die seinerzeitige Umverteilungsinitiative der Linken, von 62,4% der Stimmen im Jahr 2000 abgelehnt, tritt dank der Regierung in Kraft.

Der Vorstand wundert sich über den unserer Milizarmee verschriebenen langsamen Erstickungstod. Korrigiert das Parlament das Budget nicht, ist die ganze Sicherheitskette gefährdet. Es ist, als löste der Bundesrat Muttern und Schrauben eines Flugzeugs, bis er die Kontrolle darüber verliert. Dem können wir nicht mit verschränkten Armen zusehen.

Br Denis Froidevaux, Präsident SOG